

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Dr. Peter Sittler (ÖVP), Sabine Keri (ÖVP), Mag.a Laura Sachslehner, BA (ÖVP) und Dr. Josef Mantl, MA (ÖVP) zu Post Nr. 4 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

Aussetzen der Mieterhöhungen im Gemeindebau (Wiener Wohnen)

Aus einer Umfrage von Integral für ImmoScout24 geht hervor, dass 45 Prozent der befragten Österreicherinnen und Österreicher die aktuellen Wohnkosten aus Miete, Kreditrate und Betriebskosten als belastend und 18 Prozent sogar als sehr belastend empfinden. Damit hat sich der Wert gegenüber 2020 verdoppelt. Mehr als ein Viertel (28 Prozent) der befragten Personen gibt zwischen 30 und 50 Prozent des Haushaltsbudgets für das Wohnen aus. Bei 16 Prozent übersteigt der Wohnkostenanteil inzwischen die 50 Prozentmarke des Haushaltsbudgets (2020: 12 Prozent). Besonders betroffen sind jene Personen, die zur Miete wohnen. 60 Prozent fühlen sich durch die Mietkosten belastet. Bewohnerinnen und Bewohner von Gemeindewohnungen (73 Prozent; 2022: 44 Prozent) sowie Personen mit einem Einkommen bis 2.000 Euro (66 Prozent) empfinden diese Belastungen sogar noch stärker.

Für rund 100.000 Wohnungen im Gemeindebau, die unter den Richtwertmietzins fallen, stand mit April eine Mieterhöhung von 8,6 Prozent an. Auch im Mai kam es zu einer Erhöhung der Richtwertmieten bei bestehenden Mietverhältnissen. Im Bereich der Gemeindebauten könnte die Stadt Wien selbst tätig werden und die Erhöhung als Vermieterin aussetzen, denn das zugrundeliegende Bundesgesetz normiert für die Vermieter ein „Kann“, aber kein „Muss“.

Dass das möglich ist, konnte man im Vorjahr beispielsweise in Graz (mit SPÖ-Regierungsbeteiligung) sehen, als im April auf eine Mietpreiserhöhung verzichtet wurde. Auch im SPÖ-geführten Traiskirchen wurde die Indexierung für ein Jahr ausgesetzt. Der neue Bundesparteivorsitzende der SPÖ, Andreas Babler, und Bürgermeister von Traiskirchen stellte auch unzweideutig in einer Presseaussendung der NÖN – Niederösterreichische Nachrichten klar, "dass wir in diesem Bereich unserer eigenen Wohnungen als Stadt selbst handeln können"[\[1\]](#).

Auch bei Kategoriemieten wird es im Juli zu einer Erhöhung von rund fünf Prozent kommen. Das wäre die vierte Anhebung innerhalb von 15 Monaten.

Die Stadt Wien ist als kommunale Vermieterin im Rahmen ihrer sozialen Verantwortung angehalten, dem Beispiel Traiskirchen zu folgen und die Mietpreiserhöhung in den eigenen Gemeindewohnungen auszusetzen.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert die zuständige amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen auf, dem Beispiel Traiskirchen zu folgen und bei den Wiener Gemeindewohnungen die erfolgten Mieterhöhungen für Richtwertmietzinsen in der Höhe von 8,6 Prozent rückgängig zu machen sowie die anstehende Erhöhung der Kategoriemietzinsen von rund 5 Prozent auszusetzen.

[1] <https://www.noen.at/baden/traiskirchen-verzichtet-auf-hoehere-mieten-traiskirchen-redaktionsfeed-andreas-babler-inflation-teuerung-mietpreise-redaktion-318166608>

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

28.06.2023

